

## **BKU-Pressemittteilung vom 10. Januar 2018**

### **BKU warnt vor umlagefinanzierter Einheitsversicherung im Gesundheitswesen Künftige Generationen nicht noch stärker belasten**

Der Bund Katholischer Unternehmer e.V. (BKU) warnt vor einer Ausweitung der umlagefinanzierten Gesetzlichen Krankenversicherung auf weitere Personenkreise. „Angesichts der demographischen Entwicklung bürden wir unseren Kindern und Enkeln mit unseren künftigen Ansprüchen an die umlagefinanzierten Sozialversicherungen bereits jetzt immense Lasten auf“, sagt BKU-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel. „Eine Ausweitung der umlagefinanzierten Gesetzlichen Krankenversicherung wäre nicht nachhaltig und verstößt massiv gegen das Solidaritätsprinzip, das auch künftige Generationen umfassen muss.“

#### **Keine Ausweitung zu einer Bürgerversicherung**

Union und SPD diskutieren in den Sondierungsgesprächen für eine mögliche Regierungsbildung in der Gesundheitspolitik derzeit den SPD-Vorschlag, die umlagefinanzierte Gesetzliche Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung auszuweiten, in der alle erstmals Versicherten zwangsversichert werden. Die kapitalgedeckt arbeitende Private Krankenversicherung, die Altersrückstellungen bildet und sich im marktwirtschaftlichen Rahmen bewähren muss, würde damit als Vollversicherung abgeschafft.

„Die totale Zwangsversicherung und der Versorgungsstaat sind naturgemäß besonders geeignet, den Wagemut, das Leistungsstreben, die Bereitschaft zu freier Spartätigkeit, die persönliche Initiative und das Verantwortungsbewußtsein mehr und mehr zu lähmen, ohne die eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht existieren kann“, warnte Ludwig Erhard bereits im Jahr 1956. „Mit der Zwangsversicherung aller Bürger in einer staatlich verwalteten, umlagefinanzierten Bürgerversicherung kämen wir diesem Szenario ein weiteres Stück näher“, so Hemel.

#### **Nachhaltigkeitslücken durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung schließen**

Ein erweiterter Versichertenkreis der umlagefinanzierten Krankenversicherung sorgt heute für zusätzliche Beitragseinnahmen. Die zusätzlichen Versicherten erwerben jedoch Ansprüche für die Zukunft, wenn das demografische Verhältnis zwischen jungen, tendenziell gesunden, beitragsstarken Versicherten, und älteren Versicherten mit tendenziell geringeren beitragspflichtigen Einkommen und höheren Gesundheitskosten sehr ungünstig ist. Dies bürdet den dann jungen Versicherten erhebliche zusätzliche Beitragslasten auf. „Das ist unverantwortlich“, warnt Hemel, „diese Generation wird durch die umlagefinanzierte Rentenversicherung und den bestehenden Kreis der Gesetzlich Kranken- und Pflegeversicherten bereits extrem belastet sein.“

Das Nebeneinander von Privater Krankenversicherung, die sich auf die Kernaufgabe des Ausgleichs zwischen gesunden und kranken Versicherten beschränkt, und umlagefinanzierter Gesetzlicher Krankenversicherung, die durch die Lohnabhängigkeit der Beiträge zugleich einen – wenig treffsicheren – Einkommensausgleich vornimmt, ist nicht optimal. Auch könnten beide Systeme effizienter arbeiten. „Die Ausweitung eines nicht nachhaltig finanzierten Systems zu Lasten des wirtschaftlich tragfähigeren kann aber keine Lösung sein“, betont Hemel. „Wir müssen die Effizienzreserven beider Systeme erschließen, indem wir mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung ermöglichen“, fordert er mit Verweis auf Expertenvorschläge, etwa zu Reformen

des Risikostrukturausgleichs der gesetzlichen Versicherungen und der Übertragbarkeit von Altersrückstellungen in den privaten Versicherungen.

Selbstverständlich muss der soziale Ausgleich auch die Gesundheitskosten umfassen. Die Einkommensumverteilung muss aber nicht innerhalb des Gesundheitssystems erfolgen. Sie ist originäre Aufgabe des Steuer-Transfer-Systems. Gesundheitskosten müssen Teil der Grundsicherung für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen bleiben; mehr Eigenverantwortung darf sie nicht überfordern. Doch eine Trennung der Umverteilung zwischen Armen und Reichen von der Umverteilung zwischen Gesunden und Kranken ist treffsicherer, da alle Einkommen erfasst werden. Sie senkt den bürokratischen Aufwand, da die Erfassung nicht mehrfach erfolgen muss, und erleichtert den Leistungswettbewerb der Versicherungsanbieter – was allen Versicherten zu Gute kommt. Ein fairer Ausgleich zwischen Gesunden und Kranken ist auch im System der Privaten Krankenversicherungen möglich.

**Weitere Informationen:** BKU-Geschäftsstelle, Dr. Vera Bünnagel, Tel.: 01525 - 570 76 76 oder 0221 / 2 72 37 – 0; E-Mail: [buennagel@bku.de](mailto:buennagel@bku.de).

Pressemitteilung und Porträt des BKU-Bundesvorsitzenden zum Download auf [www.bku.de](http://www.bku.de) im Pressebereich.

## **Der BKU**

Dem 1949 gegründeten BKU gehören rund 1 200 Inhaber-Unternehmer, Selbstständige und leitende Angestellte an. Der BKU ist in 34 Diözesangruppen gegliedert. In seinen Arbeitskreisen entstehen innovative Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und zum Führen mit Werten. Der Verband sieht sich als Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Kirche und Politik.

Herausgeber: Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel, Vorsitzender des Bundes Katholischer Unternehmer e.V., Tel. 0221 / 2 72 37 - 0.